



Warum das Votum gegen Höffners Bebauungsplan in Unna-Massen keinen Aufschub zugelassen haben soll, ist schwer verständlich. Gerade kleine Fraktionen fühlen sich von Schwarzgrün überfahren. FOTO PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Nach Höffner: Beschlüsse nicht mehr „durchpeitschen“

Unna. Nach dem Beschluss gegen eine Ansiedlung von Möbel Höffner fühlen sich Teile der Politik überrumpelt. Die Freie Liste warnt vor einer Unsitte.

Von Sebastian Smulka

Schwarzgrün schien es eilig zu haben, das Höffner-Projekt in Massen vom Tisch zu bekommen. Als die Pläne für einen Service-Standort des Möbel-Riesen Thema für den Stadtentwicklungsausschuss waren, machte dieser kurzen Prozess: Die Aufstellung eines Bebauungsplanes wurde mit Stimmen von CDU und Bündnisgrünen abgelehnt – Ende der Debatte.

Gerade dieses Unterbinden einer Diskussion aber stößt Teilen der Lokalpolitik sauer auf. „Man kann auch von einer Arroganz der Macht sprechen“, erklärt FLU-Fraktionschef Klaus Göldner im Nachgang. Nun fordert er klarere Regeln, um allen Fraktionen im Rat ausreichende Zeit für ihre Positionsbestimmung zu geben.

Ein Antrag der Freien Liste soll vor allem kleine Fraktionen vor dem Erlebnis schützen, von den großen derart überfahren zu werden. Dabei erging es im Fall Höffner, der Anlass für Göldners Initiative

ist, auch der SPD nicht besser.

Beratungsbedarf zu gewähren, ist Ehrensache

Gleich zwei Fraktionen hatten am Abend des Höffner-Beschlusses Wege gesucht, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, um Zeit für Beratungen zu gewinnen. Doch beide – SPD und FDP – waren damit gescheitert. CDU und Grüne schienen selbst alles geklärt zu haben, und damit sahen sie auch keinen Grund mehr, warum Höffners Ansiedlung nicht gleich gekippt werden sollte.

Gerade beim Antrag der FDP hatte sich das Gremium damit aber über einen Brauch hinweggesetzt, der sogar in der Ehrenordnung des Rates verankert ist. Darin nämlich heißt es: „Melden einzelne Fraktionen vor einer Abstimmung noch Beratungsbedarf an, wird diesem Begehren ohne Mehrheitsentscheid gefolgt, es sei denn, eine Abstimmung ist aus Zeitgründen unverzichtbar.“

Aber auch die Geschäftsordnung des Rates besagt als Re-



FLU-Mann Klaus Göldner fühlt sich und die kleinen Fraktionen vom Höffner-Beschluss überrannt. FOTO PRIVAT

gel für Vertagungsanträge: „Bei Anmeldung von Beratungsbedarf soll dem Antrag zugestimmt werden.“

Welche sachlichen Gründe im Fall Höffner gegeben waren, den Beratungsbedarf der FDP nicht zu akzeptieren, ist für FLU-Mann Göldner nicht ersichtlich. Eile sei nicht geboten gewesen. Und so stellt

Göldner nun fest: „Während es in der Vergangenheit die Regel war, dass ein von Fraktionen angemeldeter Beratungsbedarf grundsätzlich akzeptiert wurde und zur Vertagung der Entscheidung führte, scheint sich nunmehr eine andere Praxis durchzusetzen. Anträge auf Beratungsbedarf werden zuneh-

mend mit einfacher Mehrheit abgelehnt. So werden Rechte insbesondere kleiner Fraktionen beschnitten, die im Regelfalle bei entscheidenden Abstimmungen terliegen.“

Weil diese Praxis nicht im Sinne der Geschäftsordnung sei, schlägt die FLU nun vor, eben diese zu verschärfen: Die Bitte um eine Vertagung wegen Beratungsbedarfs sollte nur noch mit einer Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt werden dürfen, schlägt die Freie Liste eine Änderung der Geschäftsordnung vor.

Lässt sich Schwarzgrün die „Basta-Macht“ nehmen?

Welche Erfolgsaussichten der Vorschlag der FLU hat, ist unklar. Denn auch eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates braucht wenigstens eine einfache Mehrheit. Fraktionschef Klaus Göldner gibt sich zuversichtlich: „Auch die großen Fraktionen müssten dem Vorschlag folgen können. Sie wollen sich doch bestimmt nicht dem Verdacht aussetzen, die kleinen Fraktionen zu unterdrücken.“